



Foto: aboutpixel.de / Stormpic

Freiflächen-Photovoltaik

Auf dem richtigen Weg?

Energieknappheit gehört zu den größten Problemen unserer Zeit, der Ausweg ist der Mix aus Erneuerbaren Energien. Doch auch sie müssen ganzheitlich betrachtet werden: ihre teilweise massive Konkurrenz zur Lebens- und Futtermittelerzeugung, ihr Wirken auf Naturschutz und Artenvielfalt. Fangen wir deshalb an, über die sich enorm ausdehnenden Photovoltaik-Freiflächenanlagen zu diskutieren.

Uwe Kekeritz

In Bayern – bisher Solar-Weltmeister vor Japan und den USA – wächst der Widerstand gegen PV-Freiflächenanlagen auf Äckern. Mehrere ablehnende Bürgerentscheide hatten bereits Erfolg. Auch in meinem Wahlkreis Fürth wird das Thema kontrovers diskutiert. Die Gründe: eine Flut von Anträgen, optische Landschaftsverminderung, die Größe der Flächen sowie der Zielkonflikt mit der Lebens- und Futtermittelerzeugung. Anlagen auf Konversionsflächen werden dagegen akzeptiert, völlig unstrittig sind Dachanlagen.

Ein lukratives Geschäft

Die Aufnahme von Freiflächenanlagen in die EEG-Vergütung war ganz im Sinne der Industrie. Banken und große Investoren haben die Solarenergie zunehmend als Geschäftsfeld entdeckt. Neue Projekte werden fortlaufend gesucht. Die Wertschöpfung durch Großanlagen bleibt leider meist nicht in der Region: Lediglich

die Verpächter können durch hanebüchene Pachtpreise (2-3.000 €/ha) profitieren. Diese Entwicklung könnte dazu führen, dass Pachtflächen zur Nahrungs- und Futtermittelerzeugung knapp werden, weil die Grundbesitzer mit Solaranlagen mehr verdienen. Auch die Wertschöpfung in Bürgerhand gerät ins Hintertreffen. Alternative Energie ist nicht nur eine Frage der Produktionsweise, sie entzieht den Großkonzernen das Energiemonopol.

Mehr als 50% der Weltgetreideproduktion wird als Tierfutter, Treibstoff und für andere industrielle Zwecke eingesetzt. Dafür werden Flächen der Länder des Südens verbraucht und Hunger im Überfluss erzeugt. Nur eine energie-effiziente, d.h. eine regionale und ökologische Landwirtschaft bietet einen Ausweg, so der Weltagrarbericht. Wenn es uns ernst ist mit der Umsetzung dieses Leitbildes, dann benötigen wir dafür zukünftig weit mehr Fläche, um vor allem auch von der Sojaabhängigkeit wegzukommen. Zudem

macht die konventionelle Landwirtschaft mit ihren umweltschädlichen Produktionsmethoden die klimarelevante Entlastungswirkung von Solar-Anlagen wieder zunichte.

Versiegelung und Rückbau

Naturschutzfachlich sind wenig Argumente gegen Photovoltaikanlagen vorhanden, wenngleich die Wirkung großer Anlagen auf verschiedene Pflanzen- und Vogelarten sowie Kleinlebewesen noch unbekannt ist. Die Möglichkeit der Weidenutzung, auch als Bienenweide, wird höchstens im Ausnahmefall wahrgenommen. Managementpläne zur Entwicklung der Artenvielfalt fehlen ganz. Da die Anlagen häufig 30 ha und größer sind, und davon bis zu 5% durch die notwendigen baulichen Maßnahmen verdichtet werden, sollte die Bodenversiegelung nicht verharmlost werden. Der Rückbau ist theoretisch möglich. Er wird jedoch kostenintensiv sein und es sollte unbedingt ein begleitender städtebaulicher Vertrag über die Rückbauverpflichtungen und deren Sicherung abgeschlossen werden. Denn die Solvenz des Investors in 20-30 Jahren kann niemand voraussehen!

Fazit

Vorrangiges Ziel der Energiewende bleibt die Halbierung des Strombedarfs. Davon können 20-30% mit dem Potenzial der Stromerzeugung auf Dachflächen gedeckt werden. Den Rest trägt der Mix der anderen „Erneuerbaren“ bei, so die Prognose des BUND. Zukünftig müssen Konzepte der direkten Verwendung von PV-Strom in der Gebäudetechnik an Bedeutung gewinnen. Außerdem sind kommunale Dachkataster zu fordern und Bebauungspläne zu optimieren. Denn: Auch PV-Anlagen verbrauchen Fläche. Das Auslaufen der Einspeisevergütung für Freiflächen-Photovoltaik, wie von der Bundesregierung jüngst beschlossen, ist daher im Kern nicht falsch. Jedoch hätte dies für die Investoren mit einem weichen Übergang gestaltet werden sollen. Durch eine weniger starke Absenkung der Vergütung für Dachanlagen hätte deren weiterer Ausbau im Gegenzug gestärkt werden müssen.

➔ MdB Uwe Kekeritz (Grüne) ist Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Vorsitzender des Unterausschusses Gesundheit und Entwicklung. Zuvor war er 14 Jahre im Kreisrat des Landkreises Neustadt/Aisch-Bad Windsheim. www.uwekekeritz.de